



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Ecumenical Accompaniment Programm in
Palestine and Israel (EAPPI)**

1. Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Antwort

Für CDU und CSU ist die Beendigung der Besatzung ein entscheidendes Element für ein umfassendes und gerechtes Friedensabkommen zwischen Israelis und Palästinenser.

2. Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert?

Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Antwort

Für CDU und CSU ist die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin realistisch und erstrebenswert, zumal dies auch die Israelis und die Palästinenser selbst als Ziel ihrer direkten Friedensverhandlungen vereinbart haben. Die Bundesregierung sollte in ihren bilateralen Kontakten und über ihre Rolle in der Europäischen Union die Israelis und Palästinenser in ihrem Ziel ermutigen, binnen neun Monaten ein umfassendes und gerechtes Friedensabkommen zu erreichen und einen solchen Friedensschluss mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen unterstützen.

3. Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbau in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Antwort

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass der illegale Siedlungsbau eingestellt wird und dass die direkten Friedensgespräche zu einem umfassenden und gerechten Friedensabkommen einschließlich des Grenzverlaufs zwischen dem Staat Israel und dem künftigen Staat Palästina führt.

4. Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegengetreten wird?

Antwort

Die Bundesregierung sollte sich in engem Dialog mit der israelischen Regierung dafür einsetzen, z. B. gegen die seit Anfang Januar 2012 ergangenen Einstellungsverfügungen gegen die mit deutschen Geldern finanzierten Anlagen der regenerativen Energien und für die generelle Situation in den C-Gebieten eine Lösung zu finden. Die Bundesregierung sollte der israelischen Regierung verdeutlichen, dass eine Umsetzung von Zerstörungsanordnungen mühsam aufgebautes Vertrauen zerstören und dem Nahostfriedensprozess schaden würde.

5. Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, dieses Unrecht entgegenzutreten?

Antwort

Die Bundesregierung sollte sich in engem Dialog mit der israelischen Regierung dafür einsetzen, dass das internationale Recht auch bei der Behandlung palästinensischer Kinder und Jugendlicher im Strafvollzug eingehalten wird.